Wirbelblockade war Herzinfarkt

Eigendiagnose nicht hinterfragt – Orthopäde verurteilt

Ärzte müssen Aussagen von Patienten stets kritisch hinterfragen und eine eigene Diagnose stellen. Sonst drohen im Schadensfall Klagen.

Sogar wenn ein sachkundiger Patient seine Eigenvermutung selbstbewusst vertritt, dürfen Ärzte sich bei ihrer Diagnose nicht auf eine Eigendiagnose ihrer Patienten stützen oder gar verlassen. Das geht aus einem Beschluss des Oberlandesgerichts (OLG) Koblenz hervor, das im Fall eines Rettungssanitäters entschied.

Der damals 36-Jährige wurde im Mai 2007 von zwei Kollegen mit einem Krankenwagen in eine orthopädische Praxis gebracht. Dort berichtete er seinem behandelnden Arzt von außergewöhnlich starken Schmerzen in der linken Körperseite. Dabei äußerte er den

Verdacht, Ursache sei ein eingeklemmter Nerv im Bereich der Halswirbelsäule. Dies sei schon internistisch abgeklärt worden, wie er im Arztgespräch hinzufügte.

Orthopäde fragte nicht nach

Der Orthopäde fragte nicht weiter nach. Er diagnostizierte eine Halswirbelblockade sowie eine Muskelverspannung und entließ den Rettungssanitäter nach 40 Minuten. Keine anderthalb Stunden später fand seine Frau ihn bewusstlos im Badezimmer liegend. Der sofort herbeigerufene Notarzt konnte den Mann allerdings nicht mehr retten.

Die Ehefrau und die beiden Kinder des Rettungssanitäters verklagten den Orthopäden auf Schadensersatz und hatten – wie schon vor dem Landgericht Mainz – nun auch vor dem OLG Kob-

lenz Erfolg. Ärzte seien in der Pflicht, alles für die Gesundheit ihrer Patienten erforderliche zu unternehmen, betonte das OLG zur Begründung.

Kritische Distanz tut Not

Eine laienhafte Eigendiagnose müssten sie „mit kritischer Distanz aufnehmen, um dann eigenverantwortlich sämtliche objektive Befunde zu erheben“. Insbesondere hätte der Orthopäde nachfragen müssen, wann und wo die Schmerzen aufgetreten waren.

Der Orthopäde hätte im akuten Fall zudem einen Internisten zur weiteren Klärung hinzuziehen müssen, so das OLG. Dieser hätte dann wohl die wirkliche Ursache – einen infarktbedingten Untergang der Herzmuskulatur – festgestellt und das Leben retten können. (mwo) www.aerztezeitung.de, Az.: 5 U 857/11

Unerlaubte Befruchtung

„Sperma-Missbrauch“ kommt Ärzte teuer

Das Landgericht Dortmund hat zwei Gynäkologen verurteilt, die Unterhaltskosten für Zwillinge bis zu deren 18. Lebensjahr zu übernehmen. Die Ärzte hatten ohne Wissen des Spenders Sperma, das längst hätte vernichtet werden sollen, zur künstlichen Befruchtung verwendet.

Geklagt hatte der biologische Vater der heute vier Jahre alten Kinder. Begonnen hatte alles vor acht Jahren. Damals gab der Kläger Sperma in einer Praxis mit Schwerpunkt Kinderwunsch ab, um es

eingefrieren zu lassen. Und zwar für den Fall, dass er zum Beispiel wegen einer schweren Krankheit zeugungsunfähig werden könne.

Sperma sollte vernichtet werden

Zu diesem Zeitpunkt war der Mann noch mit seiner damaligen Lebensgefährtin zusammen. Die Spermaprobe sollte laut Vertrag nach einem Jahr vernichtet werden. Doch das geschah nicht.

Und dann ließ sich die inzwischen von ihm getrennte Frau drei Jahre spä-

ter mit dem Sperma künstlich befruchten, ohne dass der Spender informiert wurde. Zwei Kinder kamen 2007 zur Welt. Und jetzt sollte der biologische Vater Unterhalt zahlen. Dagegen klagte der Mann.

Die Ärzte waren verpflichtet, dafür zu sorgen, dass das Sperma nicht zu unbefugten Zwecken verwendet wird, so die Richter des Landgerichts.

Ob des grundsätzlichen Charakters des Urteils wird erwartet, dass Revision beim Bundesgerichtshof eingelegt wird.

(eb)

www.aerztezeitung.de, Az.: 4 O 320/10